Inhaber lautende, bei Sicht zahlbare Noten auszugeben, b) Wechsel zu akzeptieren, c) an Regierungen Darlehen zu geben, d) für Regierungen laufende Konten zu eröffnen, e) beherrschenden Einfluß auf ein Unternehmen zu erlangen, f) Grundstücke, die nicht zur Aufrechterhaltung ihres eigenen Geschäftsbetriebes notwendig sind, länger zu behalten, als nötig ist, um sie vorteilhaft zu veräußern, falls sie solche etwa zur Abdeckung eigener Forderungen übernommen hat. Die Bank hat ihre Geschäfte unter besonderer Berücksichtigung der Aufrechterhaltung ihrer Liquidität zu führen.

Sonstige Mitteilungen:

Satzungen: Geschäftsjahr: 1./4.—31./3. (Schluß des 1. Geschäftsjahres am 31./3. 1931.) — G.-V. in Basel im ersten Geschäftsvierteljahr (1933 am 8./5); das St.-Recht steht im Verhältnis zu der Zahl der Aktien, die in dem Lande des in der G.-V. vertretenen Instituts gezeichnet sind. — Vom Reingewinn a) 5% bzw. soviel von diesem Hundertsatz, als für nachstehende Zweck benötigt wird, zu dem sogen. „Gesetzlichen Reservefonds“ (Gr. 10% des eingezahlten Grundkapitals); b) danach eine jährl. Div. bis zu 6% pro Jahr auf das eingezahlte Grundkapital der Bank. — Die Div. ist kumulativ (d. h. der Aktionär hat Anspruch auf Bezahlung der Div.-Rückstände vor jeder neuen Gewinnverteilung; c) von dem dann noch verbleibenden Rest 20% an die Aktionäre, bis eine Zusatz-Div. von höchstens 6% (die nicht kumulativ ist) erreicht ist; indessen kann der Verwaltungsrat alljährlich diese zusätzliche Zahlung ganz oder teilweise einbehalten und den Betrag einer besonderen Div.-Rücklage für künftige Div.-Zahlungen überweisen. Diese Rücklage soll zur Aufrechterhalt. der in der vorhergehenden Ziffer vorgesehenen kumulativen 6% Div.-Zahl. oder zu späteren Ausschüttungen an die Aktionäre dienen; d) nach Berücksichtigung der obenbezeichneten Zwecke fließt die Hälfte des alsdann verbleibenden jährlichen Reingewinns dem „Allgemeinen Reservefonds“ der Bank zu, bis dieser die Höhe des eingezahlten Kapitals erreicht hat. Von da ab werden 40% verwandt, bis der Allg. R.-F. das Doppelte des eingezahlten Kapitals erreicht; 30%, bis er das Dreifache erreicht; 20%, bis er das Vierfache erreicht; 10%, bis er das Fünffache erreicht; u. von da an 5%. Falls der Allg. R.-F. infolge von Verlusten oder infolge Erhöhd. des einbezahlten Kapitals nach Erreichung einer der vorgenannten Beträge wieder unter diese Höhe sinkt, wird das der neuen Lage entsprechende Prozentverhältnis für den jährl. Reingewinn so lange wieder zugrunde gelegt, bis das entsprechende Verhältnis wieder hergestellt ist; e) solange der Plan in Kraft ist, wird ein etwa verbleibender Rest des Reingewinns nach Befriedig. der vorgenannten Erfordernisse in folgender Weise verteilt: 1. 75% an Regierungen oder Zentralbanken Deutschlands u. der Länder, welche berechtigt sind, an den auf Grund des Planes zahlbaren Annuitäten teil zu haben, soweit diese Regierungen oder Zentralbanken bei der Bank befristete Einlagen unterhalten, die frühestens fünf

Jahre vom Zeitpunkte der Einzahlung an und nach Ablauf von vier Jahren mit mindestens einjähriger Voranzeige zurückgezogen werden können. Diese Summe wird jährl. in Beträgen verteilt, welche der Größe der von den beteiligten Regierungen oder den in Frage kommenden Zentralbanken unterhaltenen Einlagen entsprechen. Der Verwaltungsrat ist befugt, die Mindesthöhe dieser Einlagen zu bestimmen, welche die vorgesehene Ausschüttung rechtfertigt. 2. 25% fließen, falls die deutsche Regierung sich entschließt, eine langfristige Einlage bei der Bank zu unterhalten, welche nur unter den in Ziffer 1 ausdrücklich festgelegten Beding. zurückgezogen werden kann und wenigstens 400 000 000 RM beträgt, einem „Sonderfonds“ zu, der dazu verwandt wird, um Deutschland bei der Bezahlung der letzten zweiundzwanzig im Plan vorgesehenen Annuitäten zu unterstützen. Wenn sich die deutsche Regierung entschließt, eine derartige langfristige Einlage von weniger als 400 000 000 RM zu machen, so wird der Anteil der deutschen Regierung entsprechend verringert u. der Rest den in vorstehender Ziffer 1 aufgeführten 75% zugeschlagen. Wenn sich die deutsche Regierung nicht dazu versteht, eine derartige langfristige Einlage zu machen, so werden die genannten in der in der vorstehenden Ziffer 1 angegebenen Weise verteilt. Der vorstehend erwähnte Sonderfonds trägt Zinsezinsen, die auf jährlicher Basis zum Höchstsätze errechnet werden, welchen die Bank auf langfristige Einlagen gewährt. Wenn der Sonderfonds die für die Bezahlung der letzten zweiundzwanzig Annuitäten erforderliche Höhe übersteigen sollte, wird der Ueberschuß gemäß dem Plan unter die Gläubigerregierungen verteilt. f) Nach Ablauf des im ersten Absatz der Ziffer e) genannten Zeitraums wird die Verteilung des in Ziffer e) erwähnten Reingewinnrestes von der G.-V. auf Vorschlag des Verwaltungsrates bestimmt.

Statistische Angaben:

Kapital: 500 000 000 Schw. Fr. = 145 161 290,32 g Feingold in 200 000 Aktien zu 2500 Fr. Der Nennwert der Aktien ist auf jeder Aktie auch in der Währung des Landes, wo sie ausgegeben ist, zur Goldmünzparität vermerkt. Alle Aktien lauten auf Namen; ihre Uebertragung an neue Besitzer kann vom Verwaltungsrat ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Die Uebertragungs-Bewilligung darf nur mit Zustimmung der Notenbank des betr. Landes oder der an ihrer Statt auftretenden Stelle erteilt werden. — Vorläufig sind die Aktien nur zu 25% eingezahlt; Zeitpunkt u. Modalitäten der Resteinzahlung bestimmt der Verwaltungsrat unter dreimonatiger Ankündigung.

Dividende für die Zeit vom 17./5. 1930—31./3. 1931: 6%; 1931/32—1932/33, 6, 6% auf eingez. Kapital.

Kurs: Die Aktien wurden vorläufig an der Pariser Börse zugelassen. An weiteren Börsen der Emissionsländer sollen sie später eingeführt werden. Einführungskurs in Paris am 3./11. 1930: 3300 frz. Fr.

Beamte u. Angestellte (unter Ausschuß des Hilfspersonal) ult. März 1933: 104.

Bilanzen

	31./3. 1931	31./3. 1932	31./3. 1933
Aktiva			
Kassenbestand, Kassa und Guthaben bei Banken	7.23	14 211 955	11 396 009
Gelder auf Sicht, zinstragend angelegt	186.28	74 384 534	52 542 803
Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis):			
a) Handelswechsel und Bankakzepten	471.42	473 560 333	275 172 012
b) Schatzwechsel	138.10	136 738 464	257 460 575
Gelder auf Zeit, zinstragend angelegt:			
a) bis zu höchstens 3 Monaten	850.69	} 206 536 296	185 702 647
b) von 3 bis 6 Monaten	12.79		
Andere Anlagen (Einstandspreis) mit Fälligkeit:			
a) bis zu 1 (2) Jahren	184.78	} 210 918 450	150 424 502
b) von 1—2 (mehr als 2) Jahren	37.87		
Sonstige Aktiva	11.97	9 661 125	7 876 484
Summa	1 901.14	1 126 011 157	940 575 032